

50 Jahre danach: 1945 als Epochenjahr für Deutschland und sein Verhältnis zum nördlichen Ostmitteleuropa

von Karl-Heinz Ruffmann

Was bedeutet 1945 heute und wohl auch in absehbarer Zukunft für Deutschland unter besonderer Berücksichtigung unseres Verhältnisses zum östlichen Europa? So lautet in etwa die mir vom Institut Nordostdeutsches Kulturwerk vorgegebene Hauptfragestellung und Hauptaufgabe dieses Beitrags. Mein Fragehorizont sei dabei einleitend durch zwei Hinweise abgesteckt:

1. Die Beschäftigung mit Vergangenheit hat in Deutschland seit geraumer Zeit Konjunktur. Verursacher ist – folgt man Hermann Lübbe¹ – eine sich immer schneller verändernde Gegenwart, die so auch Vergangenheit immer schneller entstehen läßt, von der wir uns einerseits ebenso rasch entfernen, der wir jedoch andererseits „vermehrt“ verhaftet bleiben.

Gilt das auch für das Epochenjahr 1945, für unser heutiges Verhältnis zu ihm? Inwieweit und warum gehört 1945 50 Jahre danach zu unserer „vermehrten“ Vergangenheit?

2. Stefan Zweig notiert in der in seinem Todesjahr 1942 veröffentlichten Autobiographie „Die Welt von Gestern“: „In dem einen kleinen Intervall, seit mir der Bart zu sprossen begann und seit er zu ergrauen beginnt, in diesem einen halben Jahrhundert hat sich mehr ereignet an radikalen Verwandlungen und Veränderungen als sonst in zehn Menschengeschlechtern, und jeder von uns fühlt: zu vieles fast! So verschieden ist mein Heute von jedem meiner Gestern, meine Aufstiege und meine Abstürze, daß mich manchmal dünkt, ich hätte nicht bloß eine, sondern mehrere, völlig voneinander verschiedene Existenzen gelebt ... Wer immer durch diese Zeit ging oder vielmehr gejagt und gehetzt wurde – wir haben wenig Atempausen gekannt –, hat mehr Geschichte miterlebt als irgendeiner seiner Ahnen. Auch heute stehen wir abermals an einer Wende, an einem Abschluß und einem neuen Beginn“.²

¹ Hermann Lübbe, Zeit-Verhältnisse. Über die veränderte Gegenwart von Zukunft und Vergangenheit, in: Universitas (1988), H. 12, S. 1239-1248.

² Stefan Zweig, Die Welt von Gestern. Frankfurt a.M. 1993, S. 8f. u. 12.

Was der 1881 in Wien geborene und 1938 aus Österreich emigrierte Schriftsteller hier als das Schicksal seiner, „einer ganzen Generation“ (so er wörtlich) beschrieben hat, ist inzwischen vom Zweiten Weltkrieg bis in unsere Tage zum Schicksal weiterer Generationen fast überall auf unserem alten Kontinent geworden, darunter nicht zuletzt zum Schicksal sehr vieler Menschen in Deutschland und im östlichen Europa. Welcher Zusammenhang besteht nun zwischen dieser für das 20. Jahrhundert charakteristischen Grundbefindlichkeit gerade auch von Mittel- und Osteuropäern und der Zäsur von 1945? Relativiert sich diese Zäsur in zumindest aktueller Perspektive? Oder ist sie heute erst recht als einschneidend zu bewerten? Handelt es sich erneut um eine „vermehrte“ Vergangenheit?

Sämtliche genannten Fragen und damit auch die nachfolgenden Antworten müssen grundsätzlich berücksichtigen: „(..) gerade die großen Wendepunkte der Vergangenheit erfahren aus ihrer sich unaufhörlich wandelnden Wirkungsgeschichte eine unterschiedliche, ja manchmal gegensätzliche Bewertung“.³ Zugleich liegt unseren Fragen und Antworten die für jeden Historiker ebenfalls selbstverständliche Erkenntnis zugrunde, wonach die Prozesse, die es hier festzuhalten gilt, beileibe nicht alle schon 1945 abgelaufen, wohl aber im Geschehen dieses Jahres an- und grundgelegt sind, zu dessen unmittelbaren Ergebnissen und Folgen gehören. Genau dies macht aus, was wir als epochale Zäsur zu bezeichnen pflegen. Man denke vergleichsweise nur an 1789 als Epochenjahr, mit dem wir gemeinhin das bürgerliche und nationalstaatliche Zeitalter beginnen lassen. Und schließlich: „Zu wissen, wie alles kommen mußte, können ohnedies nur die Historiker behaupten.“⁴

Mit derartigen Einschränkungen ist natürlich auch die Hauptthese dieses Beitrags versehen und zu bewerten. Danach ist für Deutschland und sein Verhältnis zu Ostmitteleuropa das Epochenjahr 1945 nach wie vor eine wichtige, nicht wegzudenkende Grundlage und gewiß keineswegs bloß negativ einzustufende Voraussetzung auch für wesentliche Prozesse, die seit der Wende von 1989/90 angelaufen sind und inzwischen ihrerseits 1945 teilweise überwunden haben. Die Begründung erfolgt – in bewußter, manchem vielleicht sogar einseitig anmutender Beschränkung auf wenige, allerdings wesentliche Handlungs- und Problemfelder – in drei Schritten, unter drei Gesichtspunkten.

Der erste kreist um das Stichwort „Souveränität“. Ausgangspunkt ist der zweifelsfreie, wenngleich gelegentlich immer noch übersehene Tatbe-

³ Horst Möller, Die Relativität historischer Epochen: Das Jahr 1945 in der Perspektive des Jahres 1989, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. B 18-19/95 vom 28. April 1995, S. 3.

⁴ Waldemar Besson, Die Außenpolitik der Bundesrepublik. München 1970, S. 22.

stand, daß es einzel- bzw. nationalstaatliche Souveränität im klassischen Sinne seit 1945, im Zeitalter atomarer Vernichtungswaffen, nicht mehr gibt. Souveräne Staaten sind, nach der berühmten Begriffsbestimmung von Raymond Aron, politische Einheiten, „deren jede das Recht für sich in Anspruch nimmt, ihr eigener Richter zu sein und alleiniger Herr über die Entscheidung, zu kämpfen oder nicht zu kämpfen“.⁵ In diesem Sinne sind seit 1945 nur noch die Atomkräfte souverän, und auch sie nicht mehr so ganz.

Hingegen markiert insbesondere für Deutschland 1945 das Ende einer nicht nur völkerrechtlich-formal, sondern vor allem konkret-politisch souveränen Machtstellung. Dank dieser Souveränitätseinbuße besteht für die Deutschen seither keine Möglichkeit mehr, machtpolitisch im Alleingang in Europa zu agieren. Die seit der Gründung des Bismarckreiches kontinuierlich verfolgte Leitlinie der Großmacht Deutsches Reich, einen Eigenweg zwischen Ost und West zu beschreiten und Europa von seinem Zentrum aus zu dominieren, ist 1945 endgültig gescheitert. Diese Leitlinie kann auch 50 Jahre danach nicht wieder aufgenommen, nicht mehr verwirklicht werden.

Die sichere Gewähr dafür bot und bietet die mit Montanunion und Römischen Verträgen begonnene, inzwischen in NATO und EU weit fortgeschrittene westeuropäisch-atlantische Integration der Bundesrepublik Deutschland, die mit der Fortdauer des Souveränitätsverzichts vor allem im militärisch-atomaren Bereich gekoppelt ist. Erleichtert hat diese Integration noch ein weiterer, unmittelbar mit 1945 als Epochenjahr zusammenhängender, aus ihm resultierender Sachverhalt, nämlich die durch den Untergang des NS-Systems bewirkte tiefreichende Diskreditierung des Nationalismus in unserem Land. Natürlich nicht nur, aber doch ganz wesentlich dank dieser Faktoren ist es den Deutschen gelungen, ihr Bemühen um nationale Selbstverständigung politisch so einzulösen, daß schließlich eine nationalstaatliche Ausformung bzw. Vereinigung stattfand, die – übrigens erstmalig in der deutschen Geschichte – von allen Nachbarn, darunter auch den mittel- und osteuropäischen, akzeptiert werden konnte. Ganz knapp, aber präzise, zugespitzt, aber zutreffend lautet daher unser erstes Zwischenfazit: Ohne 1945 kein 1989.

Das gilt ebenfalls und erst recht für unseren nächsten, den zweiten Begründungsschritt bzw. -gesichtspunkt. Zentral auf Ost- bzw. Ostmitteleuropa ausgerichtet, geht es bei ihm um Grenzziehung und „Bevölkerungstransfer“. Hinter dieser reichlich abstrakten Formel verbirgt sich die

⁵ Raymond Aron, *Frieden und Krieg. Eine Theorie der Staatenwelt*. Frankfurt a.M. 1963 (1962), S. 17.

Oder-Neiße- und die Vertreibungs- bzw. Zwangsumsiedlungsproblematik, beide aus dem Zweiten Weltkrieg mit seinem europäischen Ende 1945 erwachsen und beide, wie sich gleich zeigen wird, als „vermehrte“ Vergangenheit erneut und diesmal sogar sehr direkt eine Grundlage für die Wende von 1989/90.

Bekanntlich wurde auf der Potsdamer Konferenz der Großen Drei im Juli/August 1945 – wie schon auf deren Jalta-Zusammenkunft im Februar des gleichen Jahres grundsätzlich ins Auge gefaßt – in Kompensation für Polens Landabtretung an die Sowjetunion die Oder-Neiße-Linie, vorbehaltlich einer endgültigen friedensvertraglichen Regelung, als Ostgrenze Deutschlands und Westgrenze Polens festgelegt, dabei das nördliche Ostpreußen um Königsberg der Sowjetunion überantwortet und zugleich, übrigens in Entwertung des Friedensvertragsvorbehalts, die „humane und ordnungsgemäße“ Aussiedlung der dortigen deutschen Bevölkerung angeordnet, sofern diese sich nicht bereits vorher, zwischen 1944 und der deutschen Kapitulation im Mai 1945, durch die Flucht dem gefürchteten Zugriff der Roten Armee entzogen hatte.

Als Hauptergebnisse der weitgehend inhuman und nicht ordnungsgemäß durchgeführten Zwangsmaßnahmen sind hier vor allem festzuhalten: „Seit etwa 1950 verläuft die Grenze geschlossener deutscher Siedlung an der Oder-Neiße-Linie und diesseits des Böhmerwaldes, die osteuropäischen Inseln sind mit wenigen Ausnahmen von der Landkarte verschwunden.“⁶ Von den 14 Millionen Deutschen, die insbesondere aus den Ostgebieten des Deutschen Reiches oder anderen mittel- bzw. osteuropäischen Staaten flohen oder vertrieben wurden, haben mehr als 2 Millionen ihr Leben verloren, während die anderen in die Besatzungszonen des Potsdamer Deutschland gelangten oder sich dort bereits vor dem 8. Mai 1945 befanden. Ihre überraschend schnelle, für viele, darunter auch Stalin, völlig unerwartete Integration vor allem in die westdeutsche Gesellschaft, „eine der großen Friedensleistungen unseres Jahrhunderts“,⁷ schuf mit einer wesentlichen Voraussetzung für die allmähliche Hinnahme der im Osten 1945 von den Siegermächten oktroyierten Realitäten durch die Bundesrepublik Deutschland. Deren Gewaltverzichtsverträge mit Moskau bzw. Warschau vom August bzw. Dezember 1970 enthielten die Anerkennung der Grenzen aller Staaten in Europa, „einschließlich der Oder-Neiße-Linie, die die Westgrenze der Volksrepublik Polen bildet, und der

⁶ Rex Rexheuser, *Die Deutschen im Osten. Von der Ostbewegung im Mittelalter bis zu den Westverschiebungen des 20. Jahrhunderts.* Lüneburg 1986, S. 2.

⁷ Möller, *Relativität* (wie Anm. 3), S. 6.

Grenze zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik (...) als unverletzlich“.⁸

Endgültig und völkerrechtlich verbindlich hat Deutschland zwar erst nach Vollzug seiner staatlichen Einheit auf die 1945 als Folge des Zweiten Weltkrieges verlorenen Ostgebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie verzichtet. Aber dieser Schlußakt war längst vor dem 3. Oktober 1990 in internationalen Verhandlungen fest vereinbart worden als unerläßliche Bedingung (*conditio sine qua non*) für die Akzeptanz des neuen gesamtdeutschen Nationalstaates durch östliche wie westliche Nachbarn, durch Moskau und Warschau wie durch Paris. Seither gibt es für uns im Osten keine ungelösten Grenzfragen und territorialen Revisionsansprüche.

Auch das zweite Zwischenfazit kann daher nur lauten: Ohne 1945 kein 1989/90, ohne Anerkennung des Verlusts alter deutscher Ostgebiete einschließlich Flucht, Vertreibung und Zwangsumsiedlung ihrer deutschen Bewohner hätte es 1989/90 keine nationalstaatliche Vereinigung Deutschlands gegeben. Das darf nicht übersehen werden, bleibt gültig bei der ebenfalls lapidaren und ebenfalls zutreffenden Feststellung: Die Vereinigung überwand die 1945 angelegte, wenngleich zunächst von keiner der drei Hauptsiegermächte gewollte, jedoch als Funktion und Produkt des Kalten Krieges bis 1949/1955 vollzogene staatliche Teilung Deutschlands.

Der tatsächliche Vereinigungsprozeß 40 Jahre später hat stattgefunden im Zuge und infolge des Zusammenbruchs der politischen, ideologischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnungen in den bis dahin kommunistisch regierten Ländern im östlichen Europa. Er wurde überhaupt erst ermöglicht zum Zeitpunkt der Desintegration der bisherigen Welt- und Blockvormacht Sowjetunion wie auch der östlichen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Bündnissysteme (Warschauer Pakt, Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe). Diese Desintegration wiederum löste eine friedliche Revolution in der DDR aus und führte schließlich zu einer politischen Revolution im internationalen Mächtesystem. Daß wir Deutsche in den alten und neuen Bundesländern dabei, jedenfalls zunächst, ohne gemeinsames, zumindest einigermaßen deckungsgleiches Selbstverständnis, „in eine traurige Entfremdung hinein vereinigt“⁹ und im Grunde bis heute eine „verkrampte Nation“ (so Bundespräsident Roman Herzog)

⁸ Zit. nach Karl-Heinz Ruffmann, *Sowjetrußland 1917–1957*. 7. Aufl., München 1977, S. 313.

⁹ So Wolfgang Ullmann, ehemals führender Bürgerrechtler in der DDR, dann MdB für das Bündnis 90, im Februar 1991; zit. nach Karl-Heinz Ruffmann, *Vaterland woher, wohin? Die Deutschen auf der Suche nach einem neuen Selbstverständnis*, in: *Sozialismus und Kommunismus im Wandel*. Hermann Weber zum 65. Geburtstag, hrsg. v. Klaus Schönhoven u. Dietrich Staritz. Köln 1993, S. 500.

geblieben sind, hängt einmal mehr mit noch nicht ausgestandenen Folgen und Wirkungen von 1945/1949 zusammen.

Andere Entwicklungen im letzten Jahrzehnt signalisieren hingegen, wie im letzten Teil unserer Hauptthese ausdrücklich betont, eine Überwindung der Zäsur von 1945, von damals geschaffenen Realitäten. Mit bewußter Beschränkung auf unsere spezifische Themenstellung seien hier nur vier Hauptmerkmale umrissen:

1. Völlig neu im Beziehungsgeflecht zwischen Deutschland und dem östlichen Europa ist der Umstand, daß die Zeiten des Gegeneinanderauspielens wenigstens konzeptionell vorüber sind. Es geht nicht um die Entwicklung von Beziehungen mit Moskau über die Ostmitteleuropäer, vor allem über Polen, aber auch über die baltischen Staaten, hinweg; es geht auch nicht mehr darum, die Beziehungen mit dem östlichen Europa auf Kosten Moskaus zu entwickeln. Die veränderte Interessenkonstellation angesichts der Aufhebung des Ost-West-Konflikts in Europa hat einerseits neue Chancen eröffnet. Perspektivisch überwindet sie nicht nur Denkstrukturen des Kalten Krieges, sondern historisch weit vor der bolschewistischen Revolution angesiedelte völkerpsychologische und gleichgewichtspolitisch orientierte Denkmuster. Andererseits hat Moskaus Tschetschenienkrieg mit seinen schlimmen Menschenrechtsverletzungen im ganzen östlichen Mitteleuropa Befürchtungen über eine neoimperiale Politik des Kreml unter dem Motto des Schutzes für die Russen im „nahen Ausland“ stark wiederbelebt. Nicht zuletzt aus historischen Gründen muß sich Deutschland für Unabhängigkeit und territoriale Integrität der baltischen Staaten engagieren, freilich nicht ohne sich zugleich für eine faire Behandlung der dort lebenden Russen einzusetzen.¹⁰
2. Die „Rückkehr unserer östlichen Nachbarn nach Europa“ wird entscheidend präjudiziert durch das Bewußtsein, daß Deutschland geographisch, wirtschaftlich, kulturell und politisch die Brücke nach Westeuropa bildet, sowie durch Perzeption dieses Deutschland als dominanter Macht. Diese Perzeption ruft in den betroffenen Ländern einen Zwiespalt der Gefühle und Haltungen hervor, erzeugt Unsicherheiten in den Konzeptionen ihrer Anbindung an Westeuropa. Die Anerkennung der Schlüssel- und Brückenfunktion Deutschlands durch unsere östlichen Nachbarn unterstreicht zusätzlich in ihrer ebenso wie

¹⁰ Vgl. dazu Heinz Timmermann, *Rußland und Deutschland (I). Ihre Beziehungen als integraler Bestandteil gesamteuropäischer Kooperation*, in: *Aktuelle Analysen des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien*, Nr. 39/1995, S. 5f.

in der westeuropäischen Wahrnehmung eine deutsche Dominanz auf dem Kontinent. Das ist psychologisch verständlich, droht aber zweckrationales, vernünftiges Handeln zu behindern.

3. Ungeachtet einer bisweilen allzu sehr als schicksalhaft angesehenen historischen Entwicklung liegt es in hohem Maße an bewußten Weichenstellungen im nun staatlich vereinten Deutschland und bei unseren östlichen Nachbarn, die politischen und wirtschaftlichen Prozesse innerhalb kooperativer europäischer Strukturen zu steuern. Dabei wird die Haltung von und zu Deutschland zum Lackmustest für die Entwicklung von politischer Kultur und Bürgergesellschaft mit Öffnung gegenüber und Wahrnehmung der neuen Bundesrepublik als einer gefestigten, in westeuropäischen Strukturen existentiell verankerten Demokratie.

Darüber hinausgehende deutsche Pläne, die wiedergewonnene nationalstaatliche Einheit und Machtposition für die Führung einer nach Osten erweiterten, aber sonst eher lockeren Europäischen Union zu benutzen, sind strikt abzulehnen, stellen ein rückwärts gewandtes Konzept dar. Deutschland darf nicht einmal ansatzweise zwischen Ost und West taktieren und jonglieren, sich keine unabhängige Sonderrolle anmaßen, sondern muß seine schon wiederholt angesprochene, von den östlichen Partnern offenkundig ausdrücklich gewünschte Brücken- und Mittlerfunktion stets als untrennbar integrierter Bestandteil und Mandatar des westlichen und atlantischen Europa ausüben. Unser Wissen um die Vorgänge, die zu 1945 führten, läßt keine andere Wahl zu.

4. Eine weitere um 1945 zentrierte Überlegung tritt hinzu, wirkt nochmals verstärkend. Im Zweiten Weltkrieg, an und nach dessen Ende haben Millionen Menschen im östlichen Mitteleuropa, Deutsche, Polen, Juden, Esten, Letten, Litauer, ihre angestammte Heimat verloren. Heimat ist (mit dem Freiburger Mediävisten und Vorsitzenden des Collegium Carolinum in München, Ferdinand Seibt¹¹) am besten zu erfassen und zu beschreiben als „ein ganz persönlicher Entwicklungsprozeß“, der mit Orten zu tun hat, mehr noch mit Menschen, die einem vertraut sind, unter denen man sich wohl, d.h. zu Hause fühlt, und besonders mit der Wohnlichkeit des eigenen Kopfes, der eigenen Geisteswelt. Der ganz persönliche Entwicklungsprozeß liefert auch die Erklärung dafür, daß Heimat gleichzeitig existent und nicht mehr existent ist, sein kann. Existent als geistige, innere Heimat. Nicht (mehr) existent dann, wenn sie zwar als Landschaft, als Kulisse ihrer selbst herumsteht, aber der verschwundenen Menschen wegen längst untergegangen ist.

¹¹ S. Süddeutsche Zeitung Nr. 65 vom 18. März 1991, S. 11.

Ein solches prozessualer Veränderung unterliegendes Heimatgefühl erscheint – im besten Fall – einer Liebesbeziehung vergleichbar, kann wie diese konstant bleiben oder sich gar intensivieren, aber auch erkalten und ganz vergehen. Häufiger dürften freilich andere emotionale Bindungen (auch religiöser Art) dominieren. Vor Perversion nicht gefeit, lassen sich solche Bindungen sozialisieren und politisieren bis zur nationalen Emotionalisierung, die dann auf Ausschließlichkeit beharrt.

Um dagegen eine funktionstüchtige Barriere und dauerhafte Sicherung zu errichten, ist bei uns wie bei unseren östlichen Nachbarn die Wacherhaltung eines nicht bloß oberflächlichen Wissens um die schrecklichen Vorgänge vor, in und nach dem Jahr 1945 weiterhin unbedingt erforderlich. Auch dies ein Beispiel und Beleg für die Notwendigkeit „vermehrter“ Vergangenheit.

Unmittelbar daran knüpft der dritte und letzte Schritt bzw. Aspekt zur Begründung unserer Hauptthese an. Ebenfalls eindeutig zukunftsorientiert, obwohl oder gerade weil erneut in der Vergangenheit verwurzelt, handelt er – aus naheliegenden Gründen (nochmals) etwas ausführlicher – vom Geschichtsbild und Geschichtsbewußtsein in Deutschland und Ostmitteleuropa mit 1945 als zentralem, unaufgebarem Bezugspunkt. Dabei blicke, greife ich – teilweise sogar wörtlich – zurück auf mehrere seit 1983 in Lüneburg gehaltene Referate und vor allem auf einen ebenfalls gedruckt vorliegenden Vortrag über das Epochenjahr 1945, den ich im Spätsommer 1985, vor jetzt knapp zehn Jahren, auf einer Geschichtslehrertagung des Bayerischen Staatsministeriums für Unterricht und Kultus in Hohenschwangau (am Lech) gehalten habe.¹² Ich muß also um Dispens bitten, wenn ich mich jetzt wiederhole, indem ich feststelle:

Geschichte ist das kollektive und zugleich wissenschaftliche, d.h. rational vermittelte und nachprüfbare Gedächtnis der Menschen. „Gedächtnis zu haben“, so der Göttinger Historiker Hermann Heimpel vor jetzt vier Jahrzehnten, „ist etwas an sich Menschliches. Der Mensch ist das Wesen mit Gedächtnis. Der Mensch ist also dadurch menschlich, daß er Geschichte hat (...), das historische Gedächtnis verlängert das Leben des Menschen über die physische Lebenszeit hinaus (...). Geschichte ist Vergegenwärtigung der Vergangenheit, Geschichte macht Vergangenheit zur Gegenwart (...), Vergangenheit wird als Geschichte dauernde Gegenwart“. Und

¹² S. Karl-Heinz Ruffmann, *Deutsche und Litauer in der Zwischenkriegszeit. Erinnerungen eines Memelländers, Überlegungen eines Historikers*. 3. Aufl., Lüneburg 1994 (1. Ausgabe 1987 nach dem Vortragstext von 1983); v.a. ders., *Das Epochenjahr 1945*, in: *Dialog Schule – Wissenschaft. Acta Hohenschwangau 1985*, hrsg. v. Helmut Kreutzer. München 1986, S. 31 ff., hier bes. S. 44 f.

schließlich (so nochmals Heimpel): „Wo das gelingt, ist die Geschichte nicht nur das lebensverlängernde, sondern auch: das versöhnende Gedächtnis des Menschen“.¹³ Mit anderen, sinngemäß Richard von Weizsäcker entlehnten Worten: Erinnerung ist, wird Versöhnung. Und nur mit Erinnerung als Versöhnung läßt sich Zukunft gewinnen.

Aber ist dies alles nicht sehr viel leichter gedacht und gesagt als getan und verwirklicht? Immerhin kollidieren, zumindest in Deutschland, zwei wesentliche Gegenwartstrends. Einerseits ist, wie zu Beginn dieses Beitrags bereits erwähnt, die Beschäftigung mit Vergangenheit heute wohl so populär wie noch nie zuvor, hat – so nochmals Hermann Lübke – „das Vergangenheitsinteresse (...) die Massen ergriffen“.¹⁴ Andererseits nimmt die Gefahr einer „Ritualisierung und Institutionalisierung“ des Erinnerns zu, die das „kollektive Schweigen der Mehrheit“ ermöglicht mit dem daraus resultierenden „Bedürfnis eines Teils der Nachgeborenen (...) nicht mehr behelligt zu werden durch Erinnern ...“.¹⁵

Hinzu kommt: Erinnerung ist eigentlich individuelles Denken an eine individuelle Erfahrung. Nun gibt es heute (1995) allein 52 Millionen Deutsche, die 1945 höchstens vier Jahre alt waren und sich deshalb an eigenes Erleben gar nicht erinnern können. Erinnern ist mithin hier zu verstehen als Vermitteln und Bewahren von Erlebnissen anderer. Nur so kann es kollektives Erinnern geben. Damit ist aber Erinnerung nichts anderes als Gedenken.

Reicht das alles aber, gerade was Funktion und Bedeutung von 1945 anbelangt, noch als Klammer aus, um die natürlich vorhandene Kluft zwischen den Erfahrungswelten der Kriegsgeneration und der Nachkriegsgenerationen glaubwürdig zu überbrücken? Mir scheint, man sollte – solange das überhaupt noch möglich ist – individuelle gefühlsmäßige Betroffenheit höher als bisher veranschlagen, weil menschliches Leben sich nie im gefühlsleeren Raum abspielt, weil der Mensch nicht nur aus Körper und Geist, sondern auch aus Empfindungen besteht. Bloße Versachlichung der Vergangenheit kann zu einer Verdrängung der gefühlsmäßigen Beteiligung an der Geschichte führen. „Ob sie es wollen oder nicht“, so die Frankfurter Psychoanalytikerin Margarete Mitscherlich, „die heute Lebenden sind mit ihren Vätern identifiziert.“¹⁶

¹³ Hermann Heimpel, *Gegenwartsaufgaben der Geschichtswissenschaft*, in: Ders., *Kapitulation vor der Geschichte?* 3. verm. Aufl., Göttingen 1960, S. 56.

¹⁴ Lübke, *Zeit-Verhältnisse* (wie Anm. 1), S. 1239.

¹⁵ Barbara Distel, Wolfgang Benz, Editorial, in: *Dachauer Hefte*, Heft 6: *Erinnern oder Verweigern. Das schwierige Thema Nationalsozialismus*. München 1994.

¹⁶ Zit. nach Rosemarie Papadopoulou-Kilius, *Über die Bedeutung von Gefühlen in der historischen Forschung*, in: *Informationen für den Geschichts- und Gemeinschaftskundelehrer* (1994), H. 48, S. 29.

Mit anderen Worten: Die junge Generation kann aus Geschichte Erkenntnis und Orientierung lediglich dann gewinnen, wenn sie sich vorzustellen vermag, wie Menschen früher gedacht *und* gefühlt haben. Deshalb sollten Historikerkolleginnen und -kollegen Forschung so betreiben und Geschichte so schreiben, daß sie an den Gefühlen nicht vorbeigehen – eingedenk des Nietzsche-Wortes: „Nur, was nicht aufhört, wehzutun, bleibt in Erinnerung.“

Gerade unter diesem Motto kommt individuellem Erinnern und kollektivem Gedenken an die epochalen Ereignisse von 1945 einschließlich ihrer Vor- und ihrer Wirkungsgeschichte immer noch eine Schlüsselrolle zu. Nach meinen bisherigen Darlegungen aus kaum weiter klärungsbedürftigen Gründen.

Unerläßliche Voraussetzung für ein Gelingen ist freilich das stete, redliche Bemühen um Aufarbeitung der *ganzen* jüngsten Vergangenheit und um ein darauf gegründetes und so begründetes Geschichtsbild, Geschichtsverständnis und Geschichtsbewußtsein, das frei ist, seine Produzenten und Konsumenten frei macht von Ressentiments und Tabus, vom Gesetz von Druck und Gegendruck, von Aktion und Reaktion, von Parteilichkeit, Zorn und unbereinigtem Gewissen sowie von Legendenbildungen aller Art.

Daß das kein Wunschdenken, kein ungedeckter Wechsel auf die Zukunft ist, daß vielmehr seit geraumer Zeit genau in dieser Richtung, mit dieser Zielsetzung öffentlich gearbeitet und offiziell argumentiert wird, läßt sich am Wirken von Institutionen und Personen auch unserer ostmitteleuropäischen Nachbarländer unschwer ablesen, verdeutlichen. Hier nur – *pars pro toto* – zwei Zeugnisse.

Das erste stammt aus meiner Geburts- und alten Heimatstadt. Im Gründungspapier des Forschungszentrums der Universität Klaipėda für die Geschichte Westlitauens und Preußens vom Februar 1992 heißt es u.a.: „(...) Land, Stadt und Universität Klaipėda, das auf deutsch Memel heißt, (...) sind heute offen und aufgeschlossen für die Belange der nicht durch ihre Schuld vertriebenen Memelländer (...).“¹⁷ Ein überaus starkes, uneingeschränkt positives Echo hat bei uns das zweite Zeugnis gefunden: die einstündige Rede des Historikers, ehemaligen Häftlings im KZ Auschwitz und mehrjährigen polnischen Außenministers Władisław Bartoszewski am 28. April 1995 vor dem Deutschen Bundestag und Bundesrat in Bonn zum 50. Jahrestag des Kriegsendes. Bartoszewski setzte eindeutige Signale der Versöhnung, als er von der „Tragödie der Zwangsumsiedlung“ von Polen und Deutschen und den damit verbundenen „Gewalttaten und

¹⁷ Zit. nach Ruffmann, Deutsche und Litauer (wie Anm. 12), S. 32.

Verbrechen“ sprach. „Wir erinnern uns daran, daß davon auch unzählige Menschen der deutschen Bevölkerung betroffen waren und daß zu den Tätern auch Polen gehörten.“ Unter langanhaltendem Beifall sagte Bartoszewski: „Ich möchte es offen aussprechen, wir beklagen das individuelle Schicksal und die Leiden von unschuldigen Deutschen, die von den Kriegsfolgen betroffen wurden und ihre Heimat verloren haben.“ Gleichzeitig betonte er: „Ich kann nicht in einem Atemzug Opfer und Täter nennen, oder auch jene, die das Böse akzeptiert haben.“¹⁸

Schon im Frühjahr 1991 hatte Bartoszewski, damals Botschafter seines Landes in Wien, auf einem ersten tschechisch-polnisch-deutschen Symposium über Vertreibung erklärt: Neben der humanitären Frage stehe für ihn an zweiter Stelle als polnischer weißer Fleck die „historische Lüge von den wiedergewonnenen Westgebieten“. Ehrlicherweise hätte man sagen sollen, ja müssen, man wolle es mit der Übung halten, daß verlorene Kriege mit Land zu bezahlen seien.¹⁹ Ist dem noch etwas hinzuzufügen?

Ich ende mit dem Schlußsatz meines Hohenschwangauer Referats vor bayerischen Geschichtslehrern: „(...) für den Historiker, der heute, nach vier Jahrzehnten, über 1945 als Epochenjahr nachdenkt und forscht, schreibt und erst recht lehrt bzw. unterrichtet, (heißt) die allein angemessene, nur scheinbar paradoxe Arbeitsdevise: Blicke zurück in die Zukunft“.²⁰ Mein heutiges Referat wollte verdeutlichen, daß und warum unter diesem Motto auch nach 50 Jahren und darüber hinaus 1945 als Epochenjahr ein unaufgebbarer historischer Fixpunkt für uns gerade in unserem Verhältnis zu ostmitteleuropäischen Nachbarn und Partnern ist, nicht verminderte oder gar überwundene, sondern individuell wie kollektiv in vielfacher Hinsicht „vermehrte“ Vergangenheit.

¹⁸ Zit. nach Das Parlament vom 12. Mai 1995, S. 1.

¹⁹ Zit. nach Süddeutsche Zeitung Nr. 65 vom 18. März 1991, S. 11.

²⁰ Ruffmann, Epochenjahr 1945 (wie Anm. 12), S. 45.